

## CHRONIK DER ZEIT

### ZWISCHEN KARLSHORST UND BRÜSSEL

Auch der glühendste Anhänger der westlichen Sache kann nicht behaupten, daß die internationalen Verhandlungen über die Aufrüstung des Westens und die Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung Europas ein Beispiel überlegener und weit-schauender Diplomatie gewesen wären. Seit Monaten tritt man auf der Stelle. Die Deutschen wurden um einen Beitrag zur Verteidigung des Westens zwar nicht amtlich, aber sonst deutlich genug befragt — bevor die Westmächte auch nur im mindesten einig waren, welchen Beitrag sie verlangen wollten. Während der Einbrecher nach allgemeiner Annahme schon an der Haus-mauer stand, schallte aus den Räumen des Gebäudes lauter Streit der Einwohner heraus, welchen Wachhund man anschaffen wolle.

Der Rechenstift der militärischen Planer ist noch immer in Tätigkeit, und die Lage ist noch genau so wie vor Monaten. Die 50 Divisionen, die man für die Verteidigung Westeuropas zu brauchen glaubt, kommen nicht zusammen. Im Herbst 1950 trat Staatssekretär Acheson, als sich bei dem Addieren dieses Minus enthüllte, vor die westeuropäischen Staaten mit der Erklärung, daß die Anstrengungen Europas nicht ausreichen, um den amerikanischen Kongreß zu überzeugen, daß Europa genug für seine Verteidigung tue und Amerika sein Geld und seine Waffen nicht in ein Faß ohne Boden schüttele. Damals wurde der amerikanische Plan geboren, das Defizit durch zehn deutsche Divisionen zu verringern.

Die Entwicklung der Dinge wurde an dieser Stelle schon mehrmals geschildert. Es kam der Gegenplan der französischen Regierung, der sogenannte Pleven-Plan, es kam die Konferenz der Außenminister in New York, es kam die Kriegsgefahr im Fernen Osten, es kam die Konferenz der Atlantikpaktmächte in Brüssel.

Die ganze Zeit hindurch spielte Frankreich um Zeitgewinn. Denn die Franzosen sehen in der Wiederbewaffnung der Deutschen oder gar Deutschlands ein verzweifelt-wagnis. Sie fürchten ein Doppeltes: ein-

mal einen Umsturz der europäischen Machtverhältnisse zugunsten Deutschlands und zum anderen die sowjetische Reaktion auf eine Remilitarisierung Westdeutschlands. Der Pleven-Plan sah vor, daß der deutsche Beitrag zur westlichen Verteidigung erst wirksam werden sollte, wenn der Schuman-Plan Wirklichkeit geworden sei und wenn ein europäisches Verteidigungsministerium gebildet worden wäre, Bedingungen, die einer Vertröstung auf den St.-Nimmerleins-Tag mindestens ähnlich sahen. In New York wurde Frankreich bewogen, auf diese Vorbedingungen zu verzichten, die eindeutig auf Verschleppung hinausliefen. Aber die Beschlüsse von New York sahen auch keine unmittelbaren und praktischen Maßnahmen vor. Die Besprechungen waren fruchtbar an grundsätzlichen Beschlüssen und Erwägungen, ohne daß bisher auch nur eine einzige Kompanie mehr in Westeuropa dank dieser Beschlüsse auf die Beine gestellt worden wäre. Das Ergebnis der Brüsseler Beratungen der Atlantikpaktmächte läuft im Grunde auf einen Aufschub hinaus. Es sollen zwar Verhandlungen mit der Bundesrepublik über den deutschen Beitrag für die Verteidigung des Westens angebahnt werden. Aber es ist nicht abzusehen, wann diese Verhandlungen ein Ende finden können und wann durch ein Abkommen aller Beteiligten ein praktisches Ergebnis erzielt werden könnte.

Das auffallende und fast dramatische Ereignis der Brüsseler Konferenz, nämlich die Ernennung von General Eisenhower zum Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte, hat einen Schleier über das magere Ergebnis der Brüsseler Besprechungen gezogen. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Ernennung eine große symptomatische Bedeutung hat. Es ist nichts Geringes, daß der Befehlshaber des „Kreuzzuges in Europa“ (das ist der Titel der Erinnerungen Eisenhowers über sein Werk im zweiten Weltkrieg) mitten im Frieden erneut zum Oberbefehlshaber in Europa ernannt wird und sein Hauptquartier in Europa aufschlagen soll. Aber welcher Unterschied! Vor sieben Jahren der Oberbefehlshaber einer modernen, bis zur Verschwendung ausgestatteten Millionarmee, die bald ihre Fahnen nach Mitteleuropa hineintragen sollte. Heute kann Eisenhower notdürftig zehn zweitrangig ausgestattete Divisionen zusammenscharren. Kommt es in unmittelbarer Zukunft zum

Angriff auf Westeuropa, dann hätte Eisenhower wahrscheinlich die Verantwortung für ein gigantisches Dünkirchen zu tragen. Der General hat denn auch seine Ernennung mit einem todernsten Gesicht entgegengenommen. Als die Fotografen eine Aufnahme von ihm machen wollten, bei der man ja nach amerikanischer Übung zu lächeln hat, winkte er ab: „Ich wüßte nicht, was es hier noch zu lächeln gibt.“

Die Ernennung Eisenhowers läßt den Eindruck aufkommen, als seien die Würfel gefallen. Aber in Wahrheit haben sich die Franzosen einen Aufschub für die Entscheidung über die westliche Verteidigung erkämpft, einen Aufschub vor allem über die Eingliederung deutscher „Kampftruppen“ in die neue atlantische Armee. Es soll die letzte Chance einer Verständigung mit den Sowjets wahrgenommen werden. Der Kreml hat sich in der Tat auf eine äußerst geschickte Weise in die Verhandlungen über die Aufrüstung Westeuropas eingeschaltet. Angebote, die einer Hoffnung auf die schließliche Verständigung aufglimmen ließen, wechselten unvermittelt mit Drohungen, die den sowjetischen Präventivkrieg im Falle der deutschen Wiederaufrüstung am Horizont der europäischen Angst aufsteigen ließen. Am 18. Oktober richtete Moskau eine Note an die USA, daß es eine Remilitarisierung Westdeutschlands nicht zulassen würde. Es gab nachher einen sozusagen philologischen Streit, wie der russische Ausdruck gelautes habe. Aber niemand zweifelte, daß es irgendwie eine Drohung gewesen war. Walter Lippman schrieb nachher, man solle nicht vergessen, daß die Sowjets zwar ihre Versprechungen nie halten, aber immer ihre Drohungen wahr machen. Am 22. Oktober tagten die Ostblockstaaten in Prag. Das alte Deutschlandprogramm des Kreml, wie es seinerzeit in dem Warschauer Kommuniqué zum ersten Male festgelegt worden war, wurde erneut als eine Verhandlungsgrundlage zwischen den Mächten hervorgeholt. Das Programm läuft auf die „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ durch eine Art deutschen Ausschuß, in dem West- und Ostdeutschland paritätisch vertreten sein sollten, und auf die Räumung Deutschlands durch die Besatzungsmächte hinaus. Es ist klar, daß der Kreml hier ein hohes Spiel spielt. Solange nicht Frankreich, Belgien und Holland amerikanisches Besatzungsgebiet werden wollen und werden können, bedeutet die Räumung Deutschlands die Ausschaltung der USA als eines europäischen Machtfaktors, da schließlich die Rote Armee auch nach einer „Räumung“ Ostdeutschlands in Europa bleibt und die amerikanische Armee nach dieser Räumung aus Europa verschwindet. Alle Propaganda-

instrumente der Sowjets wurden auf diesen neuen Vorschlag abgestimmt. Ausdrücklich und andeutungsweise wurde verkündet, daß man nicht darauf aus sei, Deutschland kommunistisch zu machen. Man zauberte die Fata Morgana eines unabhängigen, als dritte Kraft wirkenden Deutschlands an den Himmel. Eine Preisgabe der SED wurde als Köder bereitgehalten.

Am 3. November wurden nun die Mächte aufgefordert, auf Grund des Prager Programms Verhandlungen über die deutsche Frage zu beginnen. Die Durchführung der Entmilitarisierung Deutschlands wurde als Hauptprogramm der neuen Gespräche angegeben. Der Entschluß, sich diese Verhandlungen etwas kosten zu lassen, geht aus einem Brief hervor, den der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Grotewohl, auf Befehl von Karlshorst an den Bundeskanzler der deutschen Bundesrepublik schreiben mußte. In diesem Brief wurden Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Bildung eines paritätischen Deutschen Rates vorgeschlagen. Den Sowjets machte es nicht viel aus, daß dadurch die Deutsche Bundesrepublik förmlich anerkannt wurde. Der Begriff Anerkennung oder Nichtanerkennung spielt im östlichen Denken keine Rolle. Wenn der Bundeskanzler an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik schreibt, dann hat er dadurch nach dem rechtsstaatlichen Denken des Westens die Deutsche Demokratische Republik anerkannt. Die rechtliche Überlegung der Anerkennung oder Nichtanerkennung aber ist für die Mentalität des Ostens ideologischer Mumpitz. Das geht schon daraus hervor, daß in einer Protestnote des Kreml an England und Frankreich vom 18. Dezember der Bundeskanzler und der Führer der Opposition als verächtlicher Klüngel behandelt werden („Leute wie Adenauer und Schumacher“). Diese Protestnote beschuldigt Frankreich und England, daß sie durch die Verhandlungen über eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik die Freundschaftsverträge mit der Sowjetunion verletzt hätten. Das war also wieder einmal die reine Drohung, von der für den Augenblick die sanfteren Töne der Lockung übertönt wurden. Fast gleichzeitig mit dem Brief Grotewohls an Dr. Adenauer wurde auch in der Deutschen Demokratischen Republik das sogenannte Friedensschutzgesetz erlassen. Dieses Gesetz bedroht mit schweren Strafen einschließlich der Todesstrafe alle Menschen, die sich nach der Auffassung der Kominform-Staaten einer Bedrohung des Friedens schuldig machen. So wie dieses Gesetz ausgelegt wird, kann damit jeder im öffentlichen Leben der Bundesrepublik stehende Mensch

an den Galgen gebracht werden. Das Gesetz könnte spielend zur Rechtsgrundlage eines Revolutionstribunals in Westdeutschland nach einer östlichen Machtergreifung gemacht werden. So sieht also das sowjetische Spiel aus. Mit dem gleichen Atemzug, da man den Bundeskanzler zu freundschaftlichen und gleichberechtigten Verhandlungen einlädt, erläßt man ein Gesetz, das ihn nach dem Glücken dieser Verhandlungen zum Tode am Galgen verdammen würde. Im übrigen fehlt es in der Bundesrepublik nicht an Stimmen, die meinen, daß die Behandlung des Grotewohlbriefes durch die Bundesregierung zu matt und lau, zu undurchsichtig und zu unklar gewesen sei.

Wenige Tage vor Weihnachten haben die Westmächte auf das sowjetische Verhandlungsangebot geantwortet. Sie haben sich bereit erklärt, Verhandlungen zu viert aufzunehmen. Aber sie schlagen Verhandlungen auf einer ganz anderen Basis vor. Es dürfte nicht eine Konferenz nur über die deutsche Frage sein, es müßten vielmehr alle Probleme behandelt werden, die im Augenblick die Beziehungen zwischen den Weltmächten trüben und einen gefährlichen Zustand der Spannung in der Welt hervorgerufen hätten. Damit schließt sich der Kreis aller weltpolitischen Fragen und Spannungen. Was die Westmächte mit ihrer Antwort an die Sowjetunion vorschlagen, ist nicht weniger als der Versuch eines Ausgleichs der Interessen und einer Abgrenzung der Machtsphären über den ganzen Erdball hinweg. Das neue Jahr wird mit Verhandlungen beginnen, die sich sehr wohl als ein Kreuzweg der Menschheit erweisen können.

#### DIE KONFERENZ VON WASHINGTON

Lange ist es her, seit sich die großen Drei gesehen haben. In Potsdam waren Truman, Attlee und Stalin zum letzten Male beieinander. Die beiden ersteren haben Stalin seitdem nicht mehr gesehen. Attlee hat nun seit 1945 zum ersten Male Präsident Truman wiedergesehen. Das Gespräch von Washington mag daher zu den großen Konferenzen der Weltpolitik der jüngsten Vergangenheit gerechnet werden.

Der englische Premierminister flog nach Washington — hier brach unsere letzte Chronik ab —, als die USA bereit schienen, einen beschränkten Krieg gegen Rotchina (Blockade gegen das chinesische Festland, Luftangriffe gegen Nachschubstraßen und kriegswichtige Ziele in der Mandschurei) zu eröffnen und es auf alle Konsequenzen — bis zur Atombombe — ankommen zu lassen. Der Flug Attlees drückt in allererster Linie den aktiven Willen Großbritanniens und

des übrigen Europa aus, bei Entscheidungen, von denen Sein oder Nichtsein der ganzen westlichen Welt abhängen kann, mitgehört zu werden. Als zweites Motiv der Washingtoner Reise Attlees muß die Furcht Europas angesehen werden, die USA könnten sich an Asien verlieren und — zwar nicht mit Willen, aber unter dem unbarmerzigen Druck der Tatsachen und Konsequenzen — sich von Europa abwenden.

Die Reise des englischen Premierministers war ein Erfolg, was die Politik der nächsten Tage und Wochen angeht. Die USA haben darauf verzichtet, im Angesicht der Herausforderung, als die sie die Intervention Rotchinas in Korea auffassen, sogleich zurückzuschlagen. Man hat sich im großen geeinigt, dem chinesischen Reich eine Frist zu geben, um den Willen zur Verständigung und zum Frieden unter Beweise zu stellen. Die beiden Mächte erklären, daß sie all die ihnen offenstehenden Möglichkeiten für Verhandlungen benützen werden.

Jedoch gehen offenkundig die Ansichten darüber auseinander, welche Möglichkeiten den Mächten der freien Welt für Verhandlungen offenstehen. Es besteht Übereinstimmung, daß auf der anderen Seite Verhandlungsbereitschaft da sein müsse. Aber es liegt auf der Hand, daß auf beiden Seiten Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen gestellt werden würden. Truman und Attlee sind sich anscheinend nicht völlig darüber einig, welche Bedingungen Rotchinas als Beweis dafür angesehen werden sollen, daß eine echte Verhandlungsbereitschaft nicht besteht. Wenn den Mächten dieser Weit Verhandlungen unangenehm sind, so sagen sie ja selten direkt nein, sondern sie stellen Bedingungen, die die Verhandlungen unmöglich machen sollen. Das allermindeste, was in dieser Hinsicht von der Regierung Mao verlangt wird, ist das „Halt“ am 33. Breitengrad. Die arabischen und asiatischen Staaten haben die Regierung beschworen, diesen Haltbefehl am 38. Breitengrad zu geben. Überschreiten die chinesischen Truppen irgendwann diesen Breitengrad, den die Menschen schon den tödlichen nennen, dann schrumpfen die Hoffnungen auf eine Verständigung zu einem Nichts zusammen. Bleiben die chinesischen Divisionen am 38. Breitengrad stehen, dann ist die große Frage, ob ein erklärter oder unerklärter Friede auf der Grundlage des Status quo zustande kommen kann. Nordkorea und seine Auftraggeber hätten sich damit abzufinden, daß die Eroberung Südkoreas und der Durchbruch des kommunistischen Blocks an das Japanische und Gelbe Meer mißlungen ist. Die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen muß-

ten offen oder stillschweigend anerkennen, daß der Versuch, die koreanische Frage auf echte und konstruktive Weise zu lösen und einen Einbruch in den kommunistischen Machtbereich zu erzielen, gleichfalls gescheitert ist. Die Trennungslinie zwischen den Welten würde genau da laufen, wo sie vorher gewesen ist. Die USA würden mit einem Fuß auf dem asiatischen Festland bleiben, das nordkoreanische Wirtschaftspotential und die eisfreien Häfen Nordkoreas würden weiterhin dem kommunistischen Block Asiens zur Verfügung stehen.

Es wird vermutlich lange Zeit brauchen, bis dieser Entschluß der Vereinigten Staaten, nun gleichfalls den 38. Breitengrad zu respektieren, sich eindeutig materialisiert. Truman und Attlee haben sich darauf geeinigt, daß die koreanische Frage auf der Grundlage eines geeinten und unabhängigen Korea gelöst werden soll. Sie werden also wohl einen Plan für die Neuordnung Koreas vorlegen. Viel wesentlicher ist aber, ob sie sich einig darüber sind, was geschehen soll, wenn dieser Plan abgelehnt wird. Wird aus einer Ablehnung Amerika die Ermächtigung ableiten können, den Krieg doch wieder über den 38. Breitengrad hinauszutragen und den „beschränkten Krieg“ gegen China zu eröffnen? Es ist noch unklar, ob die Einigung Koreas vom Süden her praktisch schon aufgegeben ist — gleichgültig, was in den Deklarationen der Mächte steht. Aber auch der Versuch, Korea vom Norden her zu einigen, ist damit noch nicht völlig beiseite gelegt, daß die chinesischen Divisionen am 38. Breitengrad stehen bleiben. Es könnten nordkoreanische Verbände den Krieg fortsetzen. Der Kleinkrieg könnte nach Südkorea hineingetragen werden. Rotchina könnte dabei mit tausend Mitteln helfen (bei der Aufstellung der Armeen, bei der Organisation der Etappe, mit Waffenlieferungen und dergleichen) und doch immer wieder scharf an der eindeutig beweisbaren Intervention vorbeigleiten.

Es ist zu befürchten, daß über kurz oder lang der Konflikt in irgendeiner Form wieder auflebt, wenn nicht das große Problem des Fernen Ostens überhaupt gelöst wird. Dieses große Problem besteht darin, dem chinesischen Reich im Fernen Osten den Platz zu geben, den es als neu erstandene Weltmacht fordert. Die Forderung ist „an sich“ nicht abzuweisen. Jedes China — sofern es nicht ohnmächtig und zerrissen ist — wird ein Mitspracherecht in den wesentlichen Fragen fernöstlicher Politik verlangen und verlangen müssen. Diese Forderung Chinas drückt sich nun in einigen besonderen Anliegen aus. Rotchina — es gibt wohl kein anderes China mehr — for-

dert die Zulassung zur UNO, die Beteiligung bei der Beratung über den Friedensvertrag mit Japan und schließlich freie Hand gegenüber Formosa. Keine dieser Bedingungen ist an sich unvernünftig. Keine echte Gemeinschaft der Völker ist denkbar, wenn eine halbe Milliarde Menschen in ihr nicht vertreten ist. China hat eine wesentliche Last im Krieg gegen Japan getragen. Chinesische und japanische Interessen überschneiden sich auch heute noch. Es ist schwer denkbar, wie ein Friedensvertrag mit Japan im Fernen Osten echte Geltung haben soll, wenn er ohne und gegen China abgeschlossen wird. Formosa ist **durch** förmliche Verträge unter den großen Drei als Siegesbeute den Chinesen zugesprochen worden. In diesen Fragen beginnt die britische und amerikanische Politik auseinanderzuklaffen: das Kommuniqué über die Washingtoner Besprechungen gibt offen zu, daß die Regierung Großbritanniens für die Anerkennung Rotchinas und seine Zulassung zur UNO ist. Die Briten halten von der Politik der Nichtanerkennung, wie sie Amerika verfolgt, nicht sonderlich viel. Es ist nicht ihre Art, Bestehendes als nicht bestehend zu behandeln.

Zu Formosa sagt das Washingtoner Kommuniqué das Folgende: „Zur Formosafrage haben wir festgestellt, daß die beiden chinesischen Parteien auf die Gültigkeit der Kairo-Erklärung bestanden und zögern, die Angelegenheit vor den Vereinten Nationen erörtern zu lassen. Wir kamen über-ein, daß die Fragen mit friedlichen Mitteln und in einer Weise beigelegt werden sollten, die die Interessen der Bewohner Formosas und die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit im Pazifik wahrt und daß die Erörterung der Frage vor den Vereinten Nationen der Erreichung dieser Ziele dienen wird.“ Das delphische Orakel ist im Vergleich dazu die Klarheit eines Gebirgsbaches. Die Unklarheit rührt vor allem daher, daß die beiden Gesprächspartner in Washington nicht einig darüber sind, was denn China sei. Der Hinweis **auf** die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit im Pazifik nimmt auf die Erwägung General MacArthurs Rücksicht, daß der Besitz Formosas notwendig wäre, um überhaupt noch die strategische Stellung der Vereinigten Staaten und der freiheitlichen Mächte im Fernen Osten zu halten. Ob sich hinter diesen delphischen Worten eine konkrete Abmachung darüber verbirgt, ob und wann über die Rückgabe Formosas an das chinesische Mutterland verhandelt werden soll, muß die Zukunft erweisen. Wie gesagt, „an sich“ sind all die Forderungen Maos gerechtfertigt: jeder chinesische Patriot müßte sie stellen. An und für sich waren aber auch die Forderungen Hitlers

hinsichtlich der Entmilitarisierung des Rheinlandes, hinsichtlich der Autonomie des Sudetenlandes, hinsichtlich des Korridors und hinsichtlich Danzigs gerechtfertigt — „an sich“. Aber die Welt mußte bei Hitler zunehmend erkennen, daß er eben all diese Dinge nicht „an sich“ wollte, sondern nur als Sprungbrett für seine weiteren Pläne. Die Welt stellt sich auch gegenüber Rotchina die Frage, ob die Verwirklichung dieser Forderungen nicht vielleicht dazu dient, die Eroberung weit über sie hinauszutragen, ob nicht Rotchina sich im Besitz einer strategischen Machtposition von geradezu tödlicher Auswirkung für die westlichen Mächte befinde, nachdem es von Formosa Besitz ergriffen hat, nachdem es die Penetration Nordkoreas durchgeführt hat, nachdem es Einfluß und Machtpositionen in Japan durch einen Friedensvertrag gesichert hat, nachdem es nach der Zubilligung des Platzes einer Weltmacht in den UN sein weltpolitisches Gesicht um Entscheidendes vermehren könnte. So befinden sich die Weltmächte zwischen dem Teufel und der hohen See. Ohne die Verwirklichung dieser Forderungen kann es auf die Dauer kaum Ruhe geben, weil China ohne Verleugnung seiner selbst nicht darauf verzichten kann. Wenn man aber auf die Karts einer echten Politik der Befriedung und des Ausgleichs setzt und den Chinesen ihre Forderung bewilligt, dann läuft man das ungeheure Risiko, daß man - wenn dann China doch keine Ruhe gibt - sich selber entwaffnet und die wichtigste strategische Position ausgeliefert hat und unter tausendfach ungünstigeren Bedingungen den Kampf doch ausfechten muß. Dahinter steht die große Frage, ob das Verhalten Rotchinas sich aus nationalchinesischen Interessen erklären läßt oder ob es aus dem Höllenschlund kommunistischer Aggression entsprungen ist. Es ist die uralte Frage, ob China schließlich doch seinen eigenen Weg geht oder ob es Instrument des Kreml bleiben wird.

Der englische Premierminister und der Präsident der Vereinigten Staaten sind bei ihren Beratungen nicht aus diesem Zauberkreis herausgelangt. Sie erklären auf der einen Seite, daß sie alle offenstehenden Möglichkeiten für Verhandlungen benutzen wollen. Auf der anderen Seite versichern sie, daß sie „nicht daran denken“, eine Beschwichtigungspolitik zu betreiben oder eine Aggression in irgendeinem Teil der Welt hinzunehmen. Aber verhandeln heißt doch immer, etwas für etwas zu geben. Die Welt hat vermutlich nur die Wahl, entweder durch Verhandlungen die Ansprüche Rotchinas in einem vertretbaren Umfang

zu billigen oder sie zu verweigern. Daß die Vereinten Mächte nicht im Besitz einer ausreichenden Macht sind, um diese Gewalt anzuwenden, hat häufig der Verlauf des Koreakrieges erwiesen. Die gesamte freie Welt wäre in einer tödlichen Gefahr, wenn die Vereinigten Staaten und das 500-Millionen-Reich der Chinesen in einen offenen Krieg verwickelt würden. Es wäre der sinnloseste aller sinnlosen, der hoffnungsloseste aller hoffnungslosen Kriege. Es wäre von diesem Krieg kein Ende abzusehen. Korea hat bewiesen, daß die beschränkten Kriege allzu leicht in die unübersehbaren und unbeschränkten übergehen. Es bleibt die große Aufgabe der Staatsmänner der Welt, das Gleichgewicht zwischen den Erfordernissen der Verteidigung in Asien und in Europa zu finden und die Anstrengungen auf das zu konzentrieren, was gehalten werden muß und was gehalten werden kann.

Zum Jahresanfang ist die gesamte fernöstliche Welt noch von allen Ungewißheiten überschattet. Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Mächten der UN sind angebahnt worden. Eine rotchinesische Delegation unter der Führung von General Wu ist in Lake Success gewesen. Aber das Gespräch zwischen den Vertretern des chinesischen Reiches und den anderen Mächten verlief ins Leere hinein. Niemand konnte auch nur in den Umrissen den Vertrag zwischen Rotchina und den westlichen Mächten angeben, der auf einem echten Nehmen und Geben beruht hätte. Es zeigte sich rasch, daß den Chinesen die Intervention in Korea nur abzukaufen war und daß die Vereinigten Staaten noch weit davon entfernt sind, den Preis dafür zu zahlen. So reisten die Vertreter Maos in den USA unverrichteter Dinge wieder ab. Alle Vorschläge der UN über einen Waffenstillstand in Korea sind abgelehnt worden.

In Nordkorea hat es im Hafen von Hungnam ein verlustreiches, tragisches Dünkirchen gegeben. Der seit Wochen erwartete neue Großangriff der nordkoreanischen und chinesischen Divisionen über den 38. Breitengrad hinweg ist in vollem Gange. Noch ist nicht zu übersehen, ob Rotchina nicht vielleicht den Nordkoreanern die Hauptrolle des Krieges in Südkorea überläßt und die eigene Beteiligung so verschleiert, daß es für die Vereinigten Staaten schwierig wird, daraus einen Kriegsfall abzuleiten.

Daß sich die USA auf das Schlimmste vorbereiten, wird offenkundig durch den nationalen Notstand, den der Präsident der USA, Truman, proklamiert hat. Das Schicksal der Welt ist noch immer in der Schwebe.

Karl-Heinz Briam  
WILHELMSHAVEN —  
STADT DES GUTEN BEISPIELS

Wilhelmshaven dürfte das einzige Notstandsgebiet in der Bundesrepublik sein, das äußerlich keineswegs diesen Eindruck erweckt. Die sauberen Straßen, durch die der neue Obus als Ersatz für das total vernichtete Straßenbahnnetz fährt, die heilen Häuser, eine „friedensmäßig“ belebte Hauptgeschäftsstraße voller Leuchtreklamen — überhaupt die ganze Atmosphäre Wilhelmshavens hat anscheinend nichts mit Notstand zu tun.

Nur hier und da deuten die Trümmer gesprengter Bunker und ausgebrannter Häuser darauf hin, daß auch Wilhelmshaven nicht von der Furie des Krieges verschont blieb. Der aufmerksame Beobachter bemerkt allerdings zahlreiche Plätze, die sicherlich im Sommer ein frisches Grün belebt. Zwar ist Wilhelmshaven die „Grüne Stadt am Meer“, aber so viele Grünanlagen hat es früher wohl doch nicht gegeben . . .

Daß sich hinter dem schmucken Bild der Stadt — die wegen ihrer Schlickbäder und ihres Badestrandes das Prädikat „Kurort“ verdient — größere Nachkriegssorgen als in anderen Notstandsgebieten verbergen, spürt man erst später. Es gibt kein zweites Gebiet in Deutschland, das wie Wilhelmshaven nach 1945 das seltene und schwere Schicksal erleben mußte, seine Existenzgrundlage völlig zu verlieren.

„Gott schuf das Meer und der Friesen den Deich“ war Jahrhunderte hindurch das Leitmotiv der Friesen, jenes harten, verschlossenen Menschentyps oben an der Nordsee, der im ständigen Ringen mit dem Meer geformt wurde. Nichts hat den Friesen ihre sprichwörtliche Unbeugsamkeit nehmen können.

Doch Seite an Seite mit den Friesen ringen heute auch die beiden anderen großen Bevölkerungsgruppen, die infolge politischer Ereignisse nach Wilhelmshaven kamen, um ihre gemeinsame Existenz: Facharbeiter aus allen deutschen Gebieten, die nach 1933 von der Marine geholt worden waren, und Vertriebene. Die fachliche Qualifikation der Ersteren und das größtenteils reiche Berufswissen der Heimatvertriebenen in Wirtschaft- und Gewerbebezügen sind die notwendigen Ergänzungen des Friesengeistes.

Die heute niedersächsische Stadt liegt an einem Landvorsprung des Jadebusens, unmittelbar an der Nordseeküste mit der ihr vorgelagerten Inselkette. Drei Viertel Wilhelmshavens sind dem Meer zugewandt, während das eigentliche Stadtgebiet vom überwiegend landwirtschaftlichen Kreis Friesland umschlossen wird. Große Teile des Landgebietes liegen bis zu einem Meter unter dem Meeresspiegel. Nur ein starker

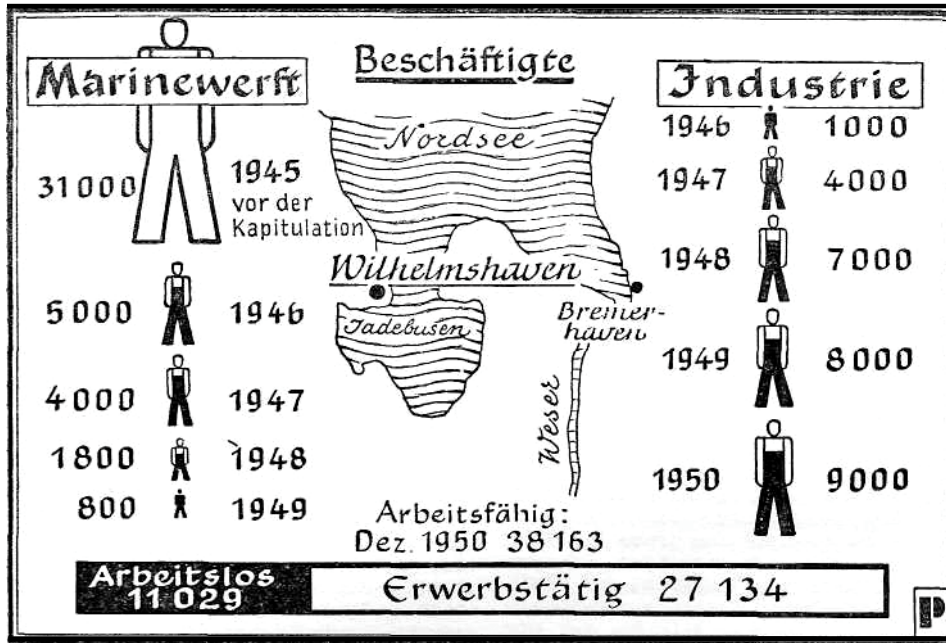
Deich gewährt Schutz vor den Meeresfluten. Fette Marschweiden bilden eine natürliche und die Struktur bestimmende Grundlage für eine extensiv betriebene Landwirtschaft mit vorwiegend weidewirtschaftlichem Charakter.

Wilhelmshaven ist ein Produkt militärisch-strategischer Pläne Preußens. Im Jahre 1853 hatte man die 300 Einwohner zählende Gemeinde zum Kriegsmarinehafen an der Nordsee auserkoren. Zu dieser Zeit begann die gigantische Entwicklung dieser Stadt, die ihr später so wenig zum Segen gereichen sollte. Um die Jahrhundertwende wurden bereits 45 000 Einwohner gezählt, 1940 sogar 133 000. Heute leben in Wilhelmshaven — trotz der katastrophalen Zerstörungen — schon wieder 102 000 Menschen, davon 13 500 Vertriebene.

Die ökonomische Basis Wilhelmshavens war ausschließlich unter maritimen Gesichtspunkten gestaltet worden. Besonders nach 1933 entstanden im Zuge der allgemeinen Aufrüstung riesige Schleusen- und Hafenanlagen, und die bereits bestehende Werft wurde gewaltig ausgebaut. Die nach der Kapitulation gesprengte große Wilhelmshavener Schleuse, die Unsummen verschlungen hatte, war eine der größten der Welt. 65,5 v. H. der Beschäftigten entfielen vor dem Zusammenbruch allein auf die Werft und die Marinebetriebe. Aber auch die übrigen Wirtschaftszweige lebten fast ausschließlich von der Marine, die praktisch die kommunale, politische und wirtschaftliche Oberaufsicht über Wilhelmshaven innehatte. Selbst städtebauliche Maßnahmen waren „marine-orientiert“. Handwerk, Handel und Gewerbe erlebten einen ungeheuren Aufschwung. Eine auf sich selbst gestellte Privatwirtschaft hat es in Wilhelmshaven nie gegeben.

Der Zusammenbruch im Jahre 1945 zerstörte alles, was an Illusionen in den Köpfen mancher Wilhelmshavener gespukt haben mag. Er traf die Stadt härter als irgendeine andere Deutschlands. Aber keine andere deutsche Stadt — selbst Watenstedt-Salzgitter nicht — hat ihre ökonomische Grundlage völlig verloren. Nirgends wurde eine so totale und allumfassende Demontage durchgeführt und die Existenzgrundlage so völlig zertrümmert wie in Wilhelmshaven.

Allein auf dem zivilen Sektor der Stadt waren während des Krieges 11 045 Sprengbomben, über 700 000 Brandbomben und 25 Minenbomben gefallen. Die auf die Werft und Wehrmachtsanlagen abgeworfene Bombenzahl ist auch nicht annähernd zu ermitteln. Der kleiige, weiche Untergrund Wilhelmshavens verlieh den Bomben eine vielfache Wirkung. Weit über die Hälfte aller Wohnhäuser und Wohnungen und fast alle Geschäftshäuser fielen den Bomben zum Opfer. Was übrigblieb, war stark beschä-



digt. Die Kanalisation wies etwa 800 Großschadenstellen auf, die Wasserleitung über 900, die Straßenbeleuchtung war vernichtet, die Müllabfuhr zusammengebrochen und das gesamte Straßenbahnwesen zerbrochen. Das alte wie das neue Rathaus, sowie Presse- und Telegrafenanstalt waren ausgebrannt, 16 Schulen total und 4 Schulen zum großen Teil zerstört. Theater, Wohlfahrtsanstalten, Pflegeheime und viele andere Gebäude Wilhelmshavens existierten nicht mehr. Nur noch 54 751 Menschen wohnten in der Stadt.

Noch schwerwiegender aber waren wohl die Kriegsfolgen. Unmittelbar nach der Kapitulation wurde weiter gesprengt, demonstriert, vernichtet. Leider nicht nur rein militärische Anlagen, sondern auch Produktionsstätten und -einrichtungen, die auf Friedensproduktion hätten umgestellt werden können.

Am 5. Januar 1946 hatte der englische Marinebefehlshaber den Beschluß der Alliierten, das Kriegsarsenal Wilhelmshaven mit dem Rest der deutschen Kriegsmarine zu beseitigen, bekanntgegeben. Nun begann der Abbruch der Kriegsmarinewerft und Marinebetriebe. Ein großer Teil davon wurde der Sowjetunion zugesprochen. Damit gingen über Nacht rund 44 000 Arbeitsplätze verloren. Allein bei der Marinewerft hatten während des Krieges rund 31 000 Arbeitnehmer gearbeitet, hinzu kamen 13 000 Beschäftigte in den übrigen Betrieben der Marine. Der Wert der zerstörten Anlagen kann mit ungefähr 16 Millionen D-Mark beziffert werden. Die ökonomische Basis und

das Sozialgefüge waren zerschlagen. Wilhelmshaven mußte von diesem Tage an der See den Rücken kehren und sich dem Land zuwenden.

Außerdem wurde das Jadefahrwasser für tiefgehende Schiffe unbenutzbar gemacht, so daß nach Beseitigung der drei größten Hafeneinfahrten heute nur noch der bescheidene Rest eines Hafens besteht, den Schiffe bis zu 6000 BRT anlaufen können. Nur mit Mühe und Not konnte der „Morgenthau-Plan“ für Wilhelmshaven, der die Anlage eines neuen Deiches zwischen Rüstersiehl und Mariensiehl vorsah, und den größten Teil der Stadt dem Meer preisgegeben hätte, verhindert werden.

Die Lage war verzweifelt. Sollte man resignieren? Sollten zu dem riesigen Flüchtlingsstrom aus dem Osten noch weitere hunderttausend Wilhelmshavener kommen? Doch die Wilhelmshavener ließen sich nicht unterkriegen.

Heute, nach fünf Jahren, glaubt man seinen Augen kaum zu trauen, wenn man eine gut aufgeräumte, einen absolut friedlichen und zufriedenen Eindruck hinterlassende Stadt sieht, die gewissermaßen wie ein Phönix aus der Asche neu erstanden ist. Leider wissen es nicht alle Wilhelmshavener zu schätzen, was sie ihren Stadtvätern zu verdanken haben, die mit Mut und Initiative ohnegleichen Wilhelmshaven retteten.

Am 15. Januar 1946 legte die Stadt den Alliierten einen ersten Aufbauplan vor, den

„Wilhelmshavener Industrieplan“, der nach mehreren Abänderungen von den Alliierten im Prinzip gebilligt wurde. Das war der Wendepunkt. Man konnte Bilanz ziehen, die Passiv- und Aktivposten sorgsam zusammentragen und gegenüberstellen. Und da ergab sich doch immerhin eine ganze Reihe von Aktivposten, die den verantwortlichen Stadtvätern neuen Mut gaben. Vor allem die hochqualifizierte, jetzt aber arbeitslos gewordene Facharbeiterschaft der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, die leicht auf neue Fertigungen umgeschult werden konnte und Qualitätsergebnisse garantieren würde. Weiterhin waren trotz allem noch Gebäude unversehrt geblieben, in denen neue Industriebetriebe untergebracht werden könnten. Man argumentierte folgerichtig, daß sich kein Staat brachliegendes, hervorragend geeignetes Industriegelände, das einen Wert von 40 Millionen D-Mark repräsentierte, auf die Dauer erlauben kann. Rund 80 000 Quadratmeter überdachter Fläche und 165 080 Quadratmeter freies Industriegelände waren noch vorhanden. Das gesamte Gelände war industriell mit Kraftstrom, Gas, Wasser, Eisenbahn und Straßen erschlossen. Außerdem befanden sich eine weitere Million Quadratmeter Gelände und 65 000 Quadratmeter überdachter Fläche — fast ausschließlich fiskalisches Eigentum — im Kreis Ostfriesland. Schließlich aber stand doch noch ein, wenn auch bescheidener, Hafen mit beschränkten Umschlagsmöglichkeiten zur Verfügung, der bis zu einem bestimmten Grade ausbaufähig ist.

Man war sich darüber im klaren, daß wegen der ungünstigen Verkehrslage nur arbeits- (lohn-) intensive Industrien für die Neuansiedlung in Frage kommen konnten. Materialintensive Betriebe, die z. B. große Mengen Kohlen und Eisen aus dem Ruhrgebiet heranholen müßten, könnten die hohen Frachtkosten auf der Bahn und im Kraftverkehr nicht bezahlen, da sie bei diesen enormen Unkosten gegenüber anderen, verkehrsgünstiger gelegenen Betrieben nicht konkurrenzfähig, d. h. lebensfähig werden würden. Abgesehen davon, daß der Bahnverkehr von Wilhelmshaven nach Oldenburg und nach dem Ruhrgebiet stark verbesserungsbedürftig ist, und daß sowohl die Anzahl als auch der Zustand der Ab- und Anfahrtsstraßen sehr zu wünschen übrig lassen, so fehlt doch insbesondere eine Binnenschiffahrtsverbindung mit ihren niedrigeren Frachtsätzen für Massengüter, wie Kohle und Eisen. Man wartet in Wilhelmshaven auf die Realisierung eines Projekts, das einen Stichkanal nach Oldenburg und den Anschluß an den Hunte-Ems-Kanal vorsieht.

Das war in seinen entscheidenden Punkten der Saldo. Zwar fiel er nicht gerade rosig aus, doch ließ er eine ganze Reihe von Ansatzpunkten zu einem Neubeginn zu. Das

A und O war und ist heute noch die Heranziehung neuer Friedensindustrien.

Obwohl Wilhelmshaven fast auf sich allein gestellt war — die Anerkennung als Notstandsgebiet und die damit verbundenen, allerdings bisher unzureichenden Kreditzuflüsse durch den Bund erfolgten erst bedeutend später —, konnten schon nach kurzer Zeit überraschende Erfolge erzielt werden. Etwa 100 Industriebetriebe wurden dank des durchdachten Wirtschaftsförderungsprogramms der Stadt schon zur Zeit der Zigarettenwährung herangezogen. Am 20. Juni 1948 waren in den neuen Betrieben rund 6000 Arbeitnehmer beschäftigt. Damit war eine neue ökonomische Basis gegründet.

Doch nach der Geldreform erlitt die Stadt einen neuen Schock. Kapital- und Materialschwierigkeiten sowie die ungenügenden geschäftlichen Beziehungen der meisten Wilhelmshavener Betriebe ließen die Zahl der neuen Arbeitsplätze auf etwa 4500 herabsinken. Weitere 5000 Arbeitnehmer wurden wegen Beendigung von Demontearbeiten aus englischen Diensten entlassen. Bis zum 1. März 1950 stieg die Arbeitslosenzahl auf 14 000 und war damit etwa viermal so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Dann aber wirkten sich die planvollen Maßnahmen der Stadtverwaltung aus. Am 1. November 1950 wurden erstmalig wieder weniger als 11 000 Arbeitslose gezählt. Heute gibt es rund 12 500 Arbeitsplätze in den neuen Wilhelmshavener Industrien, zu denen noch weitere 6000 Arbeitsplätze gerechnet werden können, die in anderen Wirtschaftszweigen als Folge des industriellen Aufschwungs neu entstanden waren. Gegenwärtig stehen 11 029 Arbeitslosen 27 134 Beschäftigte gegenüber.

Während unmittelbar vor der Kapitulation 65 v. H. aller Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und nur 14 v. H. in Industrie und Handwerk tätig waren, so sind fünf Jahre später nur 13 v. H. im öffentlichen Dienst und über 50 v. H. in der Wirtschaft beschäftigt.

Eine bunte Mischung von vielen Klein- und Mittelbetrieben, die immer den besten Schutz gegen Wirtschaftskrisen darstellen, ist heute in Wilhelmshaven zu finden. 8,5 Millionen D-Mark sind bisher aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung nach Wilhelmshaven geflossen. Der größte Teil dieser Kredite wird allerdings erst in den kommenden Monaten praktische Erfolge in Form einer weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes zeitigen.

Dies gilt vor allem für die Textilindustrie, der in Wilhelmshaven besondere Chancen eingeräumt werden müssen. In wohl keinem anderen Gebiet der Bundesrepublik werden die Voraussetzungen für eine lukrative Textilindustrie in dem Umfange erfüllt, wie



in der Stadt am Jadebusen. Der hohe Feuchtigkeitsgehalt der Luft und die vortreffliche chemische Zusammensetzung des Wassers bieten für diesen Wirtschaftszweig ideale Entwicklungsmöglichkeiten, zumal geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Diese Vorzüge wiegen bei weitem das Fehlen einer Rohstoffbasis auf. Die Stadt selbst ist an neuen Textilbetrieben interessiert, obwohl diese Industrie kapitalintensiv ist und relativ hohe Investitionssummen benötigt. Dafür aber wirkt eine qualifizierte Textilindustrie stets wie ein magnetisches Kraftfeld, das andere Wirtschaftszweige anzieht und im allgemeinen ziemlich krisenfest ist. Bereits heute befinden sich 17 v. H. der niedersächsischen Konfektionsbetriebe in Wilhelmshaven. Das „kleine Lodz“, wie man die Stadt gelegentlich nennt, wird in naher Zukunft durch die Inbetriebnahme einer hochmodernen Färberei einen weiteren textilen Aufschwung erfahren.

Der größte Betrieb in Wilhelmshaven ist ein weltberühmtes Schreibmaschinenwerk, das rund 2500 Arbeitnehmer beschäftigt und in absehbarer Zeit — nach mehreren Neuinvestitionen — die Zahl der Arbeitsplätze auf 4000 zu steigern hofft. Uneingeschränkt erkennt die Betriebsleitung an, daß dieser wahrhaftig phantastische Aufbau aus dem Nichts ohne die unbürokratische und zielstrebige Arbeit des Rates der Stadt nicht denkbar gewesen wäre. Ähnlich äußern sich Betriebsleiter und Betriebsräte anderer Unternehmen. Ob man in die zahlreichen kleinen und mittleren Betriebe der Eisenverarbeitenden oder Textilindustrie oder in sonstige neue Betriebe hineingeht — ich hörte keine Stimme, die von städtischen Bürokraten oder Dilettanten sprach.

Doch mit diesem 8,5-Millionen-D-Mark-Kredit ist es nicht getan. Es bedarf noch weiterer langfristiger Investitionskredite — etwa 20 Millionen D-Mark —, um die Wirtschaftspläne der Wilhelmshavener zu realisieren. 20 Millionen D-Mark — das sind weniger als der Betrag, den das örtliche Arbeitsamt in jedem Jahr an Unterstützungszahlungen auszahlen muß.

Die Stadt bemüht sich auch, den kleinen Hafen wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Natürlich kann in Wilhelmshaven kein Überseehafen entstehen, da die Konkurrenz Hamburgs, Bremens und Emdens zu groß sein würde. Aber für einen Industrie- und Fischereihafen dürfte es reichen. Eisenzeugungsanlagen und Ölbunkeranlagen könnten die Entwicklung eines bescheidenen Fischereibetriebes gewährleisten. Auch ein Kleinschiffbau müßte sich ermöglichen lassen. Aber alle Projekte sind Utopien, wenn es an Kapital fehlt.

Man könnte nun leicht den Eindruck gewinnen, als ob über die Förderung der

Wirtschaft z. B. der Wohnungsbau und kulturelle Angelegenheiten vergessen wurden. Aber weit gefehlt!

Bis zur Währungsreform waren schon etwa 1 Million Kubikmeter Schutt von der Bevölkerung in freiwilliger Arbeit beseitigt worden. Und dann ging man mit der gleichen Initiative an den Wohnungsbau heran. Zwar entstanden auch hier viele, aus schwarzen Quellen finanzierte Geschäftshäuser der Besitzenden, aber der öffentlich geförderte Wohnungsbau kam ebenfalls nicht zu kurz, wenn man die schmale Kapitaldecke berücksichtigt. Bis zur Währungsreform entstanden 528, vom 20. Juni 1948 bis heute weitere 1831 Wohnbauten. Man tat, was man tun konnte.

Auch auf kulturellem Gebiet. Die Hochschule für Arbeit und Politik in Rüsterei und zahlreiche andere Schulungs- und Forschungsstätten, die mit Hilfe der niedersächsischen Staatsregierung in Wilhelmshaven eine neue Heimat fanden, geben der Stadt das Gepräge eines kulturell bedeutsamen Faktors.

Aber natürlich hat man auf allen Gebieten noch mehr oder weniger große Sorgen, so z. B. mit dem Bundeseigentum. In der Kriegsmarinestadt waren Krankenhäuser, Fabrikgebäude, Wasserwerke, Straßenbahn und viele andere kommunale Einrichtungen Eigentum des Reiches, dessen Rechtsnachfolger die Bundesregierung ist. Fast die Hälfte des gesamten Grundbesitzes — etwa 28 Millionen qm mit einem Wert von rund 50 Millionen DM — ist Bundeseigentum. Dazu kommen noch die bundeseigenen Gebäude, die einen Wert von wenigstens 100 Millionen DM repräsentieren. Dabei blieb der Wert der ebenfalls bundeseigenen Hafenanlagen noch unberücksichtigt.

In Wilhelmshaven haben wir den kuriosen Zustand, daß der Stadt z. B. das Wasserwerk, Sportplätze, Krankenhäuser, ja, selbst der Friedhof nicht gehören. Die Stadt ist im Grunde genommen ein Großmieter des Bundes, von dem sie auf ihrem Boden gelegene, stadtmotwendige Einrichtungen gepachtet hat. Bei solchen Rechtsverhältnissen ist die Entwicklung eines geordneten kommunalen Lebens kaum möglich. Aus diesem Grunde ist eine Lösung des Eigentumsproblems gemäß Artikel 134 des Grundgesetzes dringend erforderlich.

Aber das Kardinalproblem für Wilhelmshaven bleibt die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung muß einspringen. Niemand hätte dies mehr verdient als die Männer und Frauen, die Wilhelmshaven aus eigener Kraft und ohne nennenswerte äußere Hilfe vor dem Sturz in den tiefsten Abgrund bewahrt haben. Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Verantwortlichen in der „Stadt des guten Beispiels“ Gewerkschafter sind.